Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk, bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk, durch Briefträger ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 2 — **1. Blatt — Freitag, 3. Januar** — **1919**

Die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

London, 1. Januar. (Drahtnachricht). Reuter meldet: Balfour hatte eine lange Unterredung mit dem Obersten House. Diese Besprechung war die Fortsetzung der Konferenzen Wilsons mit Lloyd George und führte zur Beschlußfassung über Einzelheiten der Organisation der Friedenskonferenz.

Erleichterungen für die Wahlen in den besetzten Rheinlanden.

Frankfurt a. M., 2. Januar. (Drahtnachricht). Nach einem vom General Mangin unterzeichneten Funkspruch des französischen Armeeoberkommandos werden für die bevorstehenden Wahlen in den besetzten Rheinlanden folgende Erleichterungen gewährt: Es werden ohne Einschränkung Berichte erlaubt, welche mit den Wahlen im Zusammenhang stehen und von der regelrechten Behörde ausgefertigt sind, ferner Preßfreiheit und Freiheit der Versammlungen. Weiter kann der Eintritt in das besetzte Gebiet und der Austritt nach dem unbesetzten Deutschland denjenigen Personen gewährt werden, die von den anerkannten deutschen Verwaltungsbehörden mit einem Gesuch um Ausstellung eines Passes versehen sind.

Ententeoffiziere in Berlin.

Berlin, 2. Januar. (Drahtnachricht). In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von drei Offizieren der Entente in Berlin ein, um in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen die Marineluftschiffe in Jüterbog u. Friedrichshafen zu besichtigen. Mit der Führung der Kommission ist der Kapitänleutnant Breithaupt beauftragt.

Übergabe der in neutralen Häfen internierten deutschen U-Boote.

Santander, 2. Januar. (Drahtnachricht). Die Zeitung „Atalaya" meldet die Ankunft von 2 englischen Torpedobootszerstörern, die gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die in neutralen Häfen internierten U-Boote übernehmen sollen. Die Uebergabe dieser U-Boote soll unter Mitwirkung der spanischen Behörde nacheinander in Cadiz, Vigo, Cartagena und Santander stattfinden.

Veränderungen in der Regierung.

Berlin, 1. Januar. Der bisherige Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen hat einen mehrmonatigen Urlaub nachgesucht und erhalten. Zum Unterstaatssekretär ist der bisherige Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Freiherr von Langwerth von Simmern ernannt worden. Weitere Veränderungen in der handelspolitischen Abteilung und der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes stehen bevor.

Blutige Ausschreitungen in Dortmund.

Dortmund, 1. Januar. Am 31. Dezember 12 Uhr abends kam es in der Nähe des Gewerkvereins zu einem Zusammenstoß zwischen Sicherheitsmannschaften und einer bewaffneten Bande, die die Absicht hatte, das Hauptwaffendepot zu stürmen. Die Dinge nahmen einen blutigen Verlauf.

Räumung Rigas.

Riga, 1. Januar. Silvesterabend haben die deutschen Streitkräfte der eisernen Division ihre Stellungen bei Hinzenberg räumen und sich auf die Hügelstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der sich tags zuvor im Panzerzug in die vordersten Stellungen begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzufeuern, traf die schwachen Streitkräfte bereits in einer sehr bedrohten Lage, sodaß ein Halten der Stellungen um Hinzenberg unmöglich erschien. Die englische Flotte hat sich außerstande erklärt, ihrerseits helfend und schützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Räumung Rigas noch im Laufe dieser Woche beschlossen worden.

Die Sozialistentagung in Lausanne.

Brüssel, 1. Januar. Havas. Der Generalrat der Arbeiterpartei beschloß, daß die Sozialistenkonferenz in Lausanne eine interalliierte und nicht eine internationale sein solle. Später wird darüber beschlossen werden, ob es am Platze ist, die deutschen Minderheitssozialisten zu einer neuen Konferenz einzuladen.

Spartakus-Frechheiten.

Mit falschen Pässen und den ausdrücklichen Weisungen der deutschen Regierung zum Trotz ist der russische Bolschewist Radek mit anderen Sowjetvertretern nach Berlin gekommen, um an der ersten Reichskonferenz des Spartakusbundes teilzunehmen. Er hatte die unerhörte Frechheit, in der Berliner Konferenz das Wort zu ergreifen und öffentlich die Weltrevolution zu verkünden, zu deren Herbeiführung Deutschland sich mit den Bolschewisten Rußlands verbünden und an der Seite Rußlands einen neuen Krieg gegen die Entente führen soll. Auf deutschem Boden erkühnt sich dieser Sendling einer fremden und heute von keinem Staat mehr anerkannten Regierung zu dekretieren, daß Deutschland der Kriegsschauplatz für dieses große Weltringen werden und der Kampf gegen die anglo-amerikanischen Imperialisten am Rhein ausgefochten werden soll. Dieser Bursche hätte auf der Stelle verhaftet werden müssen, während er nach einer Meldung wieder entkommen sein soll. Zur selben Zeit, in der die deutsche sozialistische Regierung alles aufbietet und aufbieten muß, um dem Deutschen Reich einen schnellen Frieden zu erreichen, wird eine solche Herausforderung geduldet, die unsere Gegner leicht zum Anlaß des Abbruchs aller Verhandlungen ausnützen könnten. Der Spartakusbund, der sich auf diesem Kongreß feierlich von der Unabhängigen Partei losgelöst und den Namen „Kommunistische Partei" angenommen hat, steht ganz im Solde und unter dem Diktat einer fremden und uns feindlichen Regierung. Auch der „Vorwärts" nennt ihn einen Agenten Rußlands, des einzigen Staates, der heute noch den Krieg will, und der darauf ausgeht, am Rhein gegen die Interessen des deutschen Volkes einen neuen mörderischen Kampf zu beginnen. Auf dem Spartakuskongreß zeigt es sich wieder einmal, daß radikale Führer vom Schlage des Liebknecht und der Rosa Luxemburg ihre Gefolgschaft so wild machen, daß sie immer noch weiter links rast, als es den Häuptlingen bequem ist. Sie erlitten eine offenkundige Niederlage, als sie die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung befürworteten. Sie tat das nicht, um ihre Ideen auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, sondern, wie Liebknecht betonte, um die „Rechte der Straße" in der Nationalversammlung zur Geltung zu bringen, d. h. sie durch wüsten Spektakel arbeitsunfähig zu machen. Ihre Anhänger aber überstimmten sie und entschieden sich dafür, nur auf der Straße sich in ihrer Art auszuleben und nach Möglichkeit die Wahlen zu stören. Nachträglich versuchten Liebknecht und Rosa Luxemburg diesen Beschluß noch einmal durch die revolutionäre-Obleute umzustoßen. Die Unabhängigen Haase, Dittmann, Barth usw. sind jetzt völlig vereinsamt. Nur mit Rücksicht auf die blutrünstigen Spartakusleute haben sie auch in der Regierung die wilden Männer gespielt und sind aus ihr ausgetreten. Jetzt setzen ihnen die Spartakisten den Stuhl vor die Tür. Es wird den Unabh. schwer werden, jetzt ein Programm aufzustellen, das sich von dem der Mehrheitssozialisten irgend wie für die Massen erkennbar abheben soll und sie werden bei den Wahlen für ihre Zweideutigkeit und Unentschlossenheit den Lohn empfangen.

Der Neujahrstag in Berlin.

Berlin, 1. Januar. Das Berliner Straßenbild am ersten Neujahrstage zeigte, wie der Berliner „Lokal-Anzeiger" schreibt, so recht den Umschwung. Statt des früheren glänzenden militärischen und höfischen Bildes gab es nur noch einen Spaziergang nach den Linden, dem Schloß und dem Marstall.

Ueber eine Massendemonstration der Christlichen Volkspartei im Zirkus Busch und im Lustgarten, die in eine Demonstration gegen den Kultusminister Adolph Hoffmann auslief, wird in den Blättern berichtet: Eine Riesenkundgebung von Katholiken und Protestanten im Zirkus Busch und unter freiem Himmel im Lustgarten diente in erster Linie dazu, die beiden Kandidaten Dr. Maximilian Pfeiffer vom Zentrum und den evangelischen Pfarrer Becker von der Luther Kirche als Kandidaten für die Nationalversammlung zu empfehlen. Das bekannte Auftreten des Kultusministers Hoffmann gab den Vertretern beider Konfessionen Gelegenheit, ihre Kandidaten wirkungsvoll einzuführen. Der Zirkus Busch war schon vor Beginn der Versammlung so überfüllt, daß die weiter heranströmende Menge nach dem Lustgarten geleitet werden mußte. Doch hatten sich gegen 11 Uhr etwa 30 000 Menschen eingefunden, zu denen von drei Stellen des riesigen Platzes gesprochen wurde. Im Zirkus sprach zuerst Dr. Pfeiffer, der erste Kandidat der Christlichen Volkspartei. Wenn seine Partei auch Freiheit für alle Berufsstände fordere, verwerfe sie doch die Gleichmacherei der Sozialisten. Die Christliche Volkspartei sehe in dem Nebenmenschen nicht nur den Genossen, sondern den Bruder. Schließlich wurden in den Versammlungen der Katholiken und Evangelischen aufgefordert, in geschlossenem Zuge nach dem Kultusministerium zu ziehen und gegen Hoffmann zu demonstrieren. An dem Zuge beteiligten sich 60 000 Personen. Die Reichsfarben unter schwarz-rot-goldenem Banner wurden mitgeführt. Der Zug bewegte sich an dem Dom, der St. Hedwigs-Kirche vorbei durch die Linden zum Kultusministerium. Der Abgeordnete Pfeiffer hielt eine Ansprache, die in ein Hoch auf die demokratische Republik, die gleiches Recht für alle Klassen fordert, auslief. Dann wurde der Versuch gemacht, Adolph Hoffmann in dem Hause zu finden. Als sich das aber als vergeblich erwies, sprach Pastor Becker zu der Menge, entbot Herrn Hoffmann seinen Neujahrsgruß und erklärte, daß die deutsche Seele kein Porzellanladen sei, die Adolph Hoffmann zertrampeln könne. Der Zug bewegte sich dann zur Reichskanzlei. Keiner der Volksbeauftragten ließ sich jedoch blicken.

Pfeiffer erhob nochmals Protest gegen die rein sozialistische Republik und erklärte, daß man nur mit rein geistigen Waffen kämpfen wolle. Weitere Demonstrationen gegen Adolph Hoffmann wurden in Aussicht gestellt.

Kein polnischer Anmarsch auf Berlin.

Das Kriegsministerium teilt mit: Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, entspricht die Nachricht, die während der gestrigen Vollsitzung der Groß-Berliner Soldatenräte allgemeine Beunruhigung erregte, daß 30 000 Polen bereits im Anmarsch auf Berlin seien und daß sie schon in Bentschen ständen, glücklicherweise noch nicht den Tatsachen. Die Dinge haben zwar in Posen eine sehr bedenkliche Entwicklung genommen und sind geeignet, jedes deutsche Herz mit bangster Sorge vor der Zukunft zu erfüllen. Jedenfalls muß es völlig ausgeschlossen sein und bleiben, daß auch nur eine mittelbare Bedrohung Berlins durch polnische Streitkräfte Tatsache wird. Wie der Delegierte Krebs in der Sitzung der Soldatenräte sehr richtig betonte, ist der Grenzschutz Ost außerordentlich wichtig. Es fehlt aber noch an Mannschaften. Es heißt also: „Freiwillige vor!" Gediente und ausgebildete Soldaten, die zur Zeit keine Beschäftigung haben, sollen sich zur Aufnahme als Freiwillige für die Formationen des Grenzschutzes Ost melden. Die General- und Garnisonkommandos geben Auskunft über die Aufnahmebedingungen. Vor allem fehlt es auch an Aerzten und Sanitätspersonal.

Verleumdungen gegen die deutsche Gesandtschaft in Warschau.

Berlin, 1. Januar. Gegenüber der in verschiedenen polnischen Zeitungen verbreiteten Nachricht, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau sich mit bolschewistischen Umtrieben befaßt und die Vermittelung zwischen polnischen und russischen Maximalisten übernommen habe, wird amtlich mitgeteilt, daß diese Nachricht erlogen ist. Weder der deutsche Gesandte Graf Keßler noch ein anderes Mitglied der Gesandtschaft hat mittelbar oder unmittelbar in irgendeiner Form mit den polnischen oder russischen Bolschewisten in Verbindung gestanden. Alle Nachrichten über die Aufdeckung eines von der deutschen Gesandtschaft angezettelten maximalistischen Komplotts und Geldern, die von deutscher Seite hierfür bereitgestellt worden seien, sind vollständig erfunden. Die Regierung erwartet die Veröffentlichung der angeblich in den Besitz der polnischen Regierung gekommenen Beweisstücke.

Paderewskis Rolle in Posen.

Berlin, 31. Dezember. Gegenüber den vielfachen Gerüchten, die über die Anwesenheit Paderewskis in Posen verbreitet werden, wird uns folgendes mitgeteilt:

Von deutscher Seite war für die Reisegesellschaft des Klavierkünstlers Paderewski, der in letzter Zeit als Vertreter Polens in Amerika bestellt war, freies Geleit nur für die Fahrt von Danzig nach Warschau zugesichert worden, jedoch nicht zur Reise nach Posen. Der Aufforderung eines deutschen Offiziers, der Paderewski entgegengesandt wurde, Paderewski möge mit Extrazug sogleich nach Alexandrowo fahren, leistete Paderewski nicht Folge. Der von dem Offizier erhobene Protest gegen die Reise Paderewskis nach Posen wurde von dem Paderewski begleitenden englischen Oberst Wade entgegengenommen, der jedoch behauptete, daß die Waffenstillstandskommission über die beabsichtigte Reise Paderewskis nach Posen informiert sei. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Vielmehr bezog sich der Antrag des Vorsitzenden der englischen Waffenstillstandskommission lediglich auf freies Geleit für eine Reise Paderewskis von Danzig nach Warschau, das deutscherseits auch nur für diese letztere Reiseroute zugesagt wurde. Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in der Waffenstillstandskommission in Spaa bereits vor Ausbruch der Unruhen in Posen den Alliierten gegenüber scharf betont, daß der Aufenthalt Paderewskis in Posen keinesfalls gestattet werden, und daß die Verantwortung für etwa aus Paderewskis Anwesenheit in Posen entstehende Vorkommnisse nicht übernommen werden könne. Auch neuerdings ist von unseren Vertretern in Spaa Einspruch dagegen erhoben worden, daß das dem englischen Oberst Wade gewährte Freigeleit zur Anzettelung aufrührerischer Demonstrationen mißbraucht werde. Es ist von den Alliierten verlangt worden, sofort Anweisung zu geben, daß Paderewski und Wade Deutschland auf dem schnellsten Wege verlassen.

Berlin, 2. Januar. Wie dem Berliner „Lokal-Anzeiger" aus Posen berichtet wird, traten heute früh Paderewski, zwei englische und ein polnischer Offizier ihre Reise nach Warschau an. Ein englischer Offizier fuhr über Berlin nach Spaa, um zu berichten.

Polnische Ausschreitungen gegen die Posener Juden.

Berlin, 31. Dezember. Die in der Presse erschienenen Nachrichten werden durch folgenden Bericht bestätigt und ergänzt:

Bei den Unruhen in Posen und den dortigen Kämpfen zwischen Polen und Deutschen fanden Ausschreitungen des polnisch Pöbels mit Unterstützung polnischer Soldat gegen die Juden statt. Die jüdische Synagoge in der Sophienstraße wurde von den Polen während der Gebetstunde beschossen und viele Beter wurden durch Schüsse verletzt. Wie Hergereiste aus Posen mitteilen, soll in der hauptsächlich von Juden bewohnten Gegend, besonders in der Gerberstraße und in der Breitenstraße, ein regelrechter Judenpogrom stattgefunden haben, wobei viele jüdische Wohnungen geplündert und viele Juden getötet wurden.

Der Deutsche Volksrat Westposens an die Deutsche Waffenstillstandskommission.

Berlin, 1. Januar. Der Deutsche Volksrat Westposens hat an die Deutsche Waffenstillstandskommission folgende Bitte gerichtet:

800 000 Deutsche bitten die Waffenstillstandskommission mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz die Grenzen des Deutschen Reiches vom 1. 8. 1914 respektiert und aufrechterhalten bleiben und daß unter keinen Umständen einer Besetzung der Ostprovinzen durch polnische oder Ententetruppen zugestimmt wird. Dafür, daß der Friede im Osten nicht gestört wird, kann der Deutsche Volksrat für die Deutschen garantieren. Alle gegenteiligen Meldungen sind erfunden. Es kann auch keine Rede sein vor irgendwelcher Hetz- oder Unterdrückungspolitik in der Provinz Posen. Die neue Regierung verwirft sie im Prinzip. Und die im heutigen Volksrat zusammengeschlossenen Deutschen sind ebenso ehrlich gewillt, beiden Nationalitäten gerecht zu werden, d. h. auch den Polen reelles nationales Eigenleben zuzubilligen. Aber eben deshalb fordert er auch ebenso energisch die Anerkennung der deutschen Rechte und

erklärt, daß Ruhe und Ordnung ohne jede fremde Beihilfe gewahrt bleiben werden.

Gegen die Gewaltherrschaft in Allenstein.

Allenstein, 1. Januar. Nach der „Allensteiner Zeitung“ gestattete sich die Ueberführung der Leiche des am Montag bei dem blutigen Empfang des Feldartillerie-Regiments Nr. 73 gefallenen Hauptmanns Platz zum Bahnhof heute um die Mittagsstunde zu einer stummen, aber um so eindrucksvolleren Kundgebung der Allensteiner Bevölkerung gegen die in der Stadt herrschende Gewaltherrschaft. Tausende von Männern und Frauen geleiteten den Sarg durch die Straßen. Reden wurden nicht gehalten. Die Allensteiner Verhältnisse kennzeichnet eine Erklärung des Bevollmächtigten des hiesigen Vollzugsausschusses, Referendars Doebberke, wonach Anordnungen des Zentralrates oder Rates der Volksbeauftragten für Allenstein nicht maßgebend seien. Man tue, was man für zweckmäßig halte. Insbesondere in der Preßfreiheit werde man sich um die Politik der Zentralregierung nicht kümmern. Letzteres spiegelt sich in der hiesigen Presse wieder, die über die Ereignisse keinen Bericht bringt und zwangsweise nur die Darstllung des Vollzugsausschusses veröffentlicht. Die blutigen Vorgänge am Bahnhof sind noch ungeklärt. Der Vollzugsausschuß schiebt in Aussagen beteiligter Volkswehrleute die Schuld der Artillerie zu, die unvermittelt abgeprotzt habe. Dem widersprechen übereinstimmende Berichte von Augenzeugen; hiernach stürmte auf die zum Einzug formierten Truppenteile plötzlich eine größere bisher verborgen gebliebene Abteilung der Volkswehr, im Laufe die Gewehre ladend, ein. Hierauf ließ der gefallene Hauptmann abprotzen. Maschinengewehre feuerten nicht. Die Schießerei entwickelte sich in dem dem Ansturm der Volkswehr folgenden Handgemenge. Die Zahl der verwundeten Artilleristen ist noch unbekannt. Die Volkswehr hat keine Verluste.

Allenstein, 31. Dezember. Der Vollzugsrat des 20. Armeekorps teilt mit: Am 30. Dezember morgens rückte das Feldartillerie-Regiment 73 in Allenstein ein. Am Bahnhof war eine Kommission des A.- und S.-Rates Allenstein erschienen, um die Truppen mit Musik und einer roten Fahne abzuholen. Die Truppen unter Führung ihrer Offiziere lehnten es aber ab, mit einer roten Fahne einzumarschieren und zerrissen die Fahne, nachdem sie den Träger der Fahne zu Boden geworfen hatten. Die zum Empfang erschienene Kommission zog darauf mit Musik und den Fetzen der roten Fahne ab. Zwischen den ebenfalls zum Empfang erschienenen Mitgliedern der Volkswehr und den Offizieren der zurückkehrenden Truppen entspann sich ein Wortgefecht, in dessen Verlauf Major von Pohl von der ihm nicht zustehenden Kommandogewalt Gebrauch machen wollte. Mit Hinweis auf die abziehenden Truppen der Volkswehr gab er plötzlich Befehl zum Abprotzen der Geschütze und Befehl zum Feuern. Darauf griffen die zurückgebliebenen Mannschaften der Volkswehr die Offiziere, die den Befehl zum Feuern wiederholen und mit Pistolen auf die Volkswehr schossen, an. Die Artillerie-Mannschaften ließen die Geschütze darauf im Stich. Hauptmann von Platz wurde bei dem Gefecht erschossen, mehrere Offiziere verwundet. Die schuldigen Offiziere und Major von Pohl, der erst geflüchtet war, wurden in Haft nommen.

Der Allensteiner A.- und S.-Rat hat die Aufklärung über die Vorgänge dem Gericht der stellvertretenden 75. Infanterie-Brigade übertragen. Das Erscheinen der „Allensteiner Zeitung und des „Allensteiner Volksblattes“ wurde vom Vollzugsausschuß rechtzeitig verhindert, weil diese Zeitungen einen vollständig falschen Bericht über die Vorgänge brachten unter der aufreizenden Ueberschrift: „Heimkehrende Truppen werden von A.- und S.-Räten mit Maschinengewehren empfangen.“ Ein Bericht über die Vorgänge wird vom Vollzugs-Ausschuß der Reichsregierung übermittelt werden.

Die „Allensteiner Zeitung wurde mit Gewalt gezwungen, die Darstellung des Vollzugsausschusses des 20. A.-K. zu veröffentlichen. Zu dieser unerhörten Vergewaltigung bemerkt das Blatt unter anderm:

„Wir weichen der Gewalt. Es sind die derzeitigen Amtsbehörden, die Inhaber der revolutionären Staatsgewalt, die solches verfügen. Die Presse besitzt hiergegen im heutigen Reiche kein anderes Mitel, als den Einspruch. Wir haben Einspruch mit allem Nachdruck erhoben; wir erheben ihn hiermit auch vor unserer Leserschaft und vor der deutschen Oeffentlichkeit. Wir haben ihn auch beim Rat der Volksbeauftragten und beim Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik in Berlin erhoben.

Der äußere Anlaß zu der Lage, der wir gegenübergestellt sind, nahm seinen Ausgangspunkt bei den beklagenswerten blutigen Vorgängen, die sich am Montag morgen beim Einzug des aus dem Felde in seine Garnisonstadt heimkehrenden Feldartillerie-Regiments Nr. 73 ereigneten und bei denen der Führer der ersten Abteilung getötet und eine Reihe von Kanonieren und Offizieren schwer und leicht verwundet wurden. Am Nachmittage, als der Druck der Zeitung bereits begonnen hatte, erschienen in unserer Schriftleitung vier Soldaten. Sie verlangten auf Grund einer ordnungsmäßig ausgestellten und gestempelten Vollmacht des Vollzugsrats des 20 Armeekorps Einsicht in die Revisionsbogen. Dann erklärten sie das Erscheinen der Zeitung als verboten. Als Grund wurde angegeben, daß der im Blatte enthaltene Bericht über die Vorgänge am Bahnhofe einseitig sei, den Tatbestand entstelle und aufreizend wirke. Der Einspruch der Schriftleitung und des Verlages gegen das Vorgehen desVollzugsausschusses blieb fruchtlos. Um das Erscheinen des Blattes, das auch den Aufruf des neugebildeten Rates der Volksbeauftragten und des Zentralrats enhielt, zu ermöglichen, erklärte sich die Schriftleitung bereit, den von den Bevollmächtigten des Vollzugsrats als Grund zum Verbot der Zeitung bezeichneten Bericht zurückzustellen und die Nummer ohne Bericht über die umstrittenen Ereignisse erscheinen zu lassen, wozu die technische Möglichkeit vorlag. Hierauf erklärten die Bevollmächtigten desVollzugsrats daß das Erscheinen der „Allensteiner Zeitung“ auch dann verboten bleibe.“

Minister Hirsch über die Vorgänge in Danzig.

Berlin, 31. Dezember. Am 19. Dezember fand bei dem Besuch des Ministers Hirsch in Danzig eine Kundgebung der Deutschen statt. Im Anschluß an diese Kundgebung haben leider einzelne radaulustige Elemente in polnischen Läden und in der polnischen Zeitung Plünderungen vorgenommen. Die bedauerlichen Ausschreitungen haben dem Obersten Polnischen Volksrat in Posen Anlaß gegeben, sich an die Entente zu wenden und um Schutz gegen Polenpogrome zu bitten. Es muß als starke Uebertreibung bezeichnet werden, daß die an sich sehr beklagenswerten Ausschreitungen vereinzelter deutscher Elemente als Pogrome charakterisert werden. Wie wir übrigens von zuständiger Stelle erfahren, hat die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen in die Wege geleitet.

Abflauen des oberschlesischen Bergarbeiterstreiks?

Tarnowitz, 1. Januar. Die Arbeiter der „Friedensgrube“, die am Sonnabend in den Ausstand getreten waren, hatten den Direktor Busch durch Todesdrohungen gezwungen, ihre Forderungen zu bewilligen. Die übrigen Beamten der Grube knüpften darauf Verhandlungen über Wiederaufnahme der Arbeit mit den Arbeitern an, die erfolglos blieben. Als am Montag erneute Verhandlungen zwischen Bergwerksbeamten und den Sicherheitsbeamten der Arbeiter erfolglos blieben, erklärten die Bergwerksbeamten, nun auch ihrerseits zu streiken, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Bezeichnend für das Vertrauen, welches die Sicherheitsmannschaften der Belegschaft ihren eigenen Genossen entgegenbringen, ist, daß sie sofort, nachdem die Bergwerksbeamten die Werke verlassen hatten, die Kasse, das Kessel- und Maschinenhaus besetzten, um sie vor Plünderungen und Demolierungen zu bewahren. Darauf fuhren die Arbeiter am Nachmittag wieder ein und förderten nur 400 Wagen gegen 1500 an sonstigen Tagen. Angesichts dieses schlechten Ergebnisses begaben sich die Sicherheitsmannschaften der Belegschaft zum Direktor Busch, um ihn zu bitten, die Beamten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Die Arbeiter würden dann die Arbeit auch wieder aufnehmen, außerdem erklärten sie sich bereit, den Direktor Busch um Verzeihung zu bitten. Dieser veranlaßte darauf die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten, worauf die Gesamtarbeit auf „Friedensgrube“ wieder aufgenommen wurde.

Ebert über die Reichsregierung.

Berlin, 31. Dezember. Herr Ebert, der eine der beiden Vorsitzenden der Reichsregierung, hat einen Vertreter von Wolff's Telegraphischem Büro empfangen, und hat sich ihm gegenüber folgendermaßen geäußert:

Mit dem Zutritt meiner zwei Freunde, Noske und Wissell, hat Deutschland zum ersten Mal eine reine Parteiregierung. Wir sind uns bewußt, was das bedeutet, sowohl nach der Seite der anderen Parteien, als auch nach der Verantwortung unserer eigenen Partei gegenüber. Aber Sie werden aus fast allen Blättern ersehen haben, wie sympathisch die Kabinettsumbildung begrüßt wurde. Das bedeutet natürlich keine Zustimmung zu unserem Parteiprogramm, wohl aber zu unserem Regierungsprogramm, welches die Einheitlichkeit des Wollens und Handelns an erste Stelle setzt. Damit wollen wir bis zur Nationalversammlung das Reich vor Erschütterungen bewahren, und dann wird die Abstimmung zeigen, ob die Mehrheit des Volkes eine andere Regierung wünscht oder hinter uns steht. Wir sind der Ueberzeugung, daß nur eine Regierung, die in sich keinerlei Reibungen zu überwinden hat, also aus einem Holz geschnitzt ist, jetzt durchhelfen kann, und diese Regierung glauben wir zu sein. Dabei fühlen wir uns keineswegs als ein Ausschuß unserer Partei, sondern als Beauftragte des ganzen Volkes, ebenso wir wir keine BerlinerRegierung sein wollen und können, sondern eine deutsche. Es ist viel darüber geschrieben worden, ob und welcher Süddeutsche noch in das Kabinett zu berufen sei. Das erste, was ich noch in der Nacht tat, nachdem die Unabhängigen ihren Austritt erklärt hatten, war, daß ich an verschiedene Parteifreunde in Süddeutschland telegraphierte, um ihre etwaige Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung festzustellen. Aber die Erscheinung unter der leider unsere ganze Parteiagitation leidet, zeigte sich auch hier: fast alle führenden Männer schon in irgend einer Weise an den Regierungsgeschäften beteiligt, sodaß wir mit unseren Bemühungen bis jetzt noch keinen Erfolg hatten. Wir hoffen aber, daß es uns noch gelingen wird. Wie es überhaupt unser Bestreben sein wird, in engster Fühlung mit den deutschen Freistaaten die Reichsgeschäfte zu führen, um auch durch diese ständige Zusammenarbeit die Reichseinheit klar zum Ausdruck kommen zu lassen. Darin stimmen wir mit den Regierungen Süddeutschlands vollständig überein. Unsere nächste und dringendste Aufgabe wird sein, der Regierung einen Rückhalt in der neu zu schaffenden Volkswehr zu geben. Das wird sich hauptsächlich der Staatssekretär Noske angelegen sein lassen. Sodann wird Scheidemanns Aufgabe sein, seine Arbeit der Friedenskonferenz zu widmen, welche diplomatisch-politisch vorzubereiten uns jetzt eine so vorzügliche Kraft wie der neue Staatssekretär Graf Rantzau zur Verfügung steht. Wissel hat dafür zu sorgen, das das Schlagwort von der sozialistischen Republik Deutschland aus einem Schlagwort zur Tatsache werde, d. h. daß neben den politischen Rechten auch die wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen des arbeitendenVolkes erfüllt werden. Ich selbst sehe meine hauptsächlichste Aufgabe in der Vorbereitung der Nationalversammlung, von der für uns die drei wichtigsten Errungenschaften abhängen: Frieden, Freiheit, Brot! Es muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden, daß sowohl die Wahlen wie nachher die Nationalversammlung selbst absolut ungestört und unbeeinflußt verlaufen können. Aber auch der gewaltige Stoff, welcher der Beratung und der Beschlußfassung unterliegen soll, muß gesichtet werden, wenn es der Konstituante mit Erfolg gelingen soll, ihr Ziel zu erreichen: die verfassungsrechtliche Grundlage für die junge deutsche Republik zu schaffen. In diesem Willen und mit diesen Kräften gehen wir ins neue Jahr!

Aus dem Berliner Zentralrat.

Berlin, 1. Januar. In der heutigen Zentralratssitzung wurde über die gesamten deutschen Ostfragen beraten und beschlossen, gemeinsam mit dem Volksbeauftragten, dem Kriegsminister und dem preußischen Minister des Innern die Angelegenheit zu behandeln. Es wurde festgestellt, daß die Mitteilung in der „Freiheit“ vom 31. Dezember morgens, wonach das Treiben der Genossen Haase, Dittmann und Barth bezüglich des Auftrages an den Kriegsminister im Zentralrat große Entrüstung hervorgerufen habe, falsch sei, da der Zentralrat sich am 30. Dezember nicht mehr damit befassen konnte. Beschlossen wurde weiter, eine Sitzung mit dem preußischen Staatsministerium abzuhalten, um Bericht über dessen bisherige Tätigkeit und die Absichten für die Zukunft erstatten zu lassen. Ferner wurde beschlossen, die Zahl dr Volksbeauftragten, nachdem der Genosse Löbe-Breslau abgelehnt hat, bei fünf zu belassen.

Bessere Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals durch die Entente.

Berlin, 1. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Erfreulicherweise wird jetzt aus Spaa gemeldet, daß die Entente energische Maßnahmen getroffen hat, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals, das mit den auszuliefernden Lokomotiven nach Belgien und Frankreich kommt, sicherzustellen. Marschall Foch sowohl wie die Kommissare der Entente in Spaa haben in dieser Beziehung feierliche und förmliche Zusagen gegeben. Die bisher bei dem deutschen Lokomotivpersonal vielfach bestehende Abneigung, mit den abzuliefernden Lokomotiven nach Belgien usw. zu gehen, ist daher nicht mehr begründet, zumal die Entlohnung für diese Dienstzeit eine hervorragend gute ist.

Der frühere deutsche Kaiser auf dem Wege der Besserung.

Amsterdam, 31. Dezember. Die Blätter melden, daß die Erkrankung des früheren deutschen Kaisers infolge einer hartnäckigen Influenza sehr ernst war. Da Komplikationen eintraten, wurde der Zustand so gefährlich, daß man eine Operation für notwendig hielt. Es wurde Professor Lanz aus Amsterdam berufen, der seitdem dem Kaiser mehrere Besuche abstattete. Professor Lanz teilte mit, daß jetzt eine merkbare Besserung eingetreten sei und daß er dem Kaiser gestern gestatten konnte, das Bett zu verlassen. Wegen des ungünstigen Wetters muß der Kaiser aber noch immer im Zimmer bleiben.

Die Forderungen der Deutsch-Oesterreicher.

Wien, 1. Januar. Das „Fremdenblatt“ veröffentlicht eine Verbalnote, welche das deutsch-österreichisch Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten am 25. Dezember an das diplomatische Korps in Wien richtete, in der die feste Hoffnung auf den Bestand und die Freiheit des zu einem unabhängigen souveränen Staat konstituierten Deutsch-Oesterreichs ausgesprochen wird. Gleichzeitig wurde den diplomatischen Vertretern zur Weiterleitung an ihre Regierungen eine Denkschrift übermittelt, die eine ausführliche Darlegung der Ansprüche Deutsch-Oesterreichs in staatsrechtlicher und politischer Beziehung enthält.

Aus Stadt und Land

Thorn, 2. Januar.

Neujahr 1919.

Anders, als wir es gedacht, ist das Jahr 1918 zu Ende gegangen. Begraben sind alle unsere stolzen Träume von DeutschlandsRuhm und Macht. Mehr als zwanzig zerbrochene Kronen sind in dem vergangenen Jahre auf die Straße gerollt. Die lange, schwer empfundene Kriegszeit mit ihren das ganze deutsche Volk ins innerste Mark treffenden Folgeerscheinungen hervorgerufen durch die immer noch zunehmenden Einschränkungen auf wirtschaftlichem Gebiet, der Abfall unserer langjährigen Bundesgenossen und die in der Stille von einer kleinen Gruppe im Herzen Deutschlands hinterlistig betriebene, zielbewußte Hetzarbeit gegen die alte Regierung haben im Verein mit der Erkenntnis, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg den ersehnten Frieden in immer weitere Fernen rücken ließ, es vermocht, daß in einer einzigen Nacht das scheinbar für ewige Zeiten fest gefügte Staatsgebäude durch elementar hervorbrechende Gewalten zertrümmert wurde. Das Alte ist zerschlagen, Neues im Entstehen begriffen.

Mit Riesenschritten eilte das Jahr 1918 seinem Ende zu, fiel es doch hinein in die unruhigen Tage der die Gemüter der Menschen aufpeitschenden, erhitzenden Wahlvorbereitungen für die bevorstehendeNationalversammlung. So waren die letzten Wochen des verflossenen Jahres angefüllt mit zahllosen Versammlungen der rasch gebildeten Parteien, deren Verschiedenheit in den Anschauungen in hartem Kampf die Gemüter aufeinanderprallen ließ. Glücklicherweise sind in unserer Stadt Thorn Zusammenstöße, wie sie in den Nachbarstädten vorgekommen sind, nicht eingetreten.

Das Thorner Stadttheater hatte es sich nicht nehmen lassen, auch in diesem Jahre am Sylvesterabend etwas Besonderes zu bieten. Ein

Bunter Künstlerabend

vereinigte um einhalb sieben Uhr am Sonnabend zahlreiche Besucher zur Sylvesterfeier im Theater. Nach den Klängen der Offenbachschen Orpheus-Ouvertüre erfreuten uns die Hauptkräfte durch Einzelvorträge, die in ihrer Gesamtheit durch ansprechende Auswahl und geschickte Durchführung von herzerquickender Wirkung waren. Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient die zum Schluß des ersten Teiles reizend getanzte Biedermeierszene „An der schönen blauen Donau“, zu deren Erfolg sich Nina Blumenfeld und Adolf Wiesner beglückwünschen können. Den zweiten Teil des Abends bildete das einaktige Lustspiel „Lottchens Geburtstag“ unter der bewährten Spielleitung von Adolf Wiesner. Von einer Freiheit und Drolligkeit, wie sie selten schöner und spannender zum Aufbau eines Lustspiels verwandt wurden, sind die urkomischen Verwicklungen, die sich aus Frage und Gegenfrage Rede und Antwort des weltfremd gewordenen Geheimrats Giselius, den Adolf Wiesner so prächtig verkörperte, und des in Liebessachen noch so unerfahrenen, von Hiro Blank dargestellten Traugott Appel ergaben. Sämtliche liche Mitwirkende waren bemüht, ihr Bestes zu geben, und verhalfen dem Stück zu einem vollen Erfolg. —

In den späten Abendstunden des Sylvesterabends zeigte das Straßenbild Thorns trotz der immer geringer gewordenen Aussicht, für billiges Geld noch einen alkoholhaltigen Tropfen zu bekommen, lebhafteren Verkehr als im Vorjahre. Eine an die schönste Friedenszeit erinnernde sich hin- und herschiebende Menschenmenge wogte in den von einer nebelfeuchten Luft angefüllten Hauptverkehrsstraßen. Im Bewußtsein der erst kürzlich erhaltenen „Freiheit“ strebte ein jeder nach seinem Geschmack, seinem Ziele zu, wozu dieAnkündigungen in den Zeitungen eingeladen hatten. Da gab es Kappenfest und Maskenball, und es nimmt Wunder, daß nicht auch in Thorn, wie in einer Nachbarstadt, findige Einberufer durch einen „Lustigen Witwenball“ die Reihe dieser unzeitgemäßen Veranstaltungen vermehrt haben. Als um die 12. Stunde die Uhr, den Beginn des neuen Jahres verkündend, zum Schlag ausholte, hallte der Altstädtische Marktplatz von Glückwunschrufen, hie und da unterbrochen von den Klängen einer Geige, Munharmonika usw., wieder. Nach ein Uhr schien sich die Menge zu verlaufen man vernahm noch hin und wieder die Nachklänge eines Sylvesterballes aus dem Munde fröhlich heimkehrender Besucher und Besucherinnen, den Knall von Feuerwerkskörpern oder eines mutwillig in die Luft gefeuerten Schusses, dann wurde es still.

Der Neujahrstag, regendrohend und naßkalt wie sein Vorgänger, führte um 12 Uhr mittags eine etwa 1000köpfige Menschenmenge auf den Hof der Wilhelmskaserne, wo eine durch Maueranschläge angekündigte

Volksversammlung deutscher und polnischer Arbeiter

stattfinden sollte. In kurzen Worten wies Herr Becker in einer Ansprache auf die umlaufenden Gerüchte eines zu erwartenden Zusammenstoßes zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung hin. Derartiges sei in Thorn „ausgeschlossen“. Durch Vereinbarung des A.- und S.-Rates mit dem polnischenVolksrat werde jede Kundgebung von deutscher oder polnischer Seite unterbleiben, um der Auslösung von Feindseligkeiten vorzubeugen. Zwar habe man für Sonntag einen Umzug geplant, um einen Umsturz in der Verwaltung der Stadt gewaltsam herbeizuführen, doch sei man nach reiflicher Beratung von diesem Vorhaben zurückgetreten. Eine Aenderung in der Verwaltung sei aber dringend erforderlich. Darauf wandte sich das Mitglied des Soldatenrats, Herr Böhme, an die Menge. Seine Worte, die in der Hauptsache eine Werberede für die Sozialdemokratie bildeten, klangen aus in ein Hoch auf die deutsche Republik. —

* * *

Wir treten ein in ein neues Jahr. Mögen die Erwartungen, die sich in unser aller Herzen an die bevorstehende Nationalversammlung knüpfen, in Erfüllung gehen, wie es das durch Parteigeplänkel zersplitterte, tiefbedrückte deutsche Volk zu seinem Wiederaufbau braucht.

— **Zum Kommerzienrat ernannt.** Stadtrat Max Scheidling ist zum großherzogl. sächs. Kommerzienrat ernannt.

— **In den Ruhestand versetzt** ist mit dem 1. Januar 1919 der stadtbekannte Küster der altstädtischen evangelischen Kirche, Herr Richard Paetzel. Nach 15jähriger eifriger und opferwilliger Amtstätigkeit ist diesem wegen seines liebenswürdigen Wesens geachteten und beliebten Beamten die wohlverdiente Ruhe zu gönnen. Herr Pfarrer Lic. Freitag überreichte Herrn Paetzel bei der Entlassungsansprache, in der Redner sein Bedauern über das vorzeitige Scheiden dieses sich der Gunst eines großen Kreises der Kirchenbesucher erfreuenden Mannes zum Ausdruck brachte, eine selbstangefertigte Kreidezeichnung der Altstädtischen evangelischen Kirche. Herr Paetzel steht im 58. Lebensjahr.

— **Postlagernde Sendungen.** Die aus militärischen Gründen getroffenen besonderen Bestimmungen für die Aushändigung postlagernder Sendungen sind aufgehoben worden, sodaß

nunmehr dafür wieder die Vorschriften der Postordnung gelten.

— **Vorschußweise Zahlung von Gehaltsteilen.** Mit Rücksicht auf die jetzige Zahlungsmittelnot, die es den Banken außerordentlich erschwert, den Beamten, die sich ihre Dienstbezüge durch Banküberweisungen anweisen lassen, sogleich oder in gewünschtem Umfange Zahlung zu leisten, hat das preußische Finanzministerium zugelassen, daß die planmäßig angestellten Beamten sich ein Drittel der Bezüge für das erste Vierteljahr 1919 sofort vorschußweise zahlen lassen. In gleicher Weise hat sich jetzt auch das Reichsschatzamt damit einverstanden erklärt, daß für alle diejenigen Beamten, Offiziere und Lohnangestellten, welche sich ihre Dienstbezüge bisher ganz oder zum Teil auf ein Bank-, Sparkassen- oder Postscheckkonto haben gutschreiben lassen, alsbald ein Vorschuß in bar oder durch Ueberweisung ausgezahlt werden kann u. zwar je nachdem die Zahlung monatlich oder vierteljährlich im voraus zu erfolgen hat, in Höhe der Bezüge für den Monat Januar 1919 oder in Höhe eines Drittels der Bezüge für das erste Vierteljahr 1919. Diese Maßnahme ist nicht als Teuerungszulage anzusehen. Auch das Reichspostamt hat in diesem Sinne entschieden.

— **Für die Verwertung von freiwerdenden Heeresgütern für unsere Volkswirtschaft** ist im Bereiche der Finanzverwaltung ein besonderes Amt, das Reichsverwertungsamt, geschaffen worden, das dem Reichsschatzamt untersteht. Die Ueberführung aller Läger aus der Militärverwaltung in die Verwaltung des Reichsverwertungsamtes ist vom Kriegsministerium bereits in die Wege geleitet. Auch die Wiederherbeischaffung von gestohlenem Heeresgut gehört zu den Aufgaben des Reichsverwertungsamtes. Das Reichsverwertungsamt weist deshalb in einer Anzeige darauf hin, daß nach dem von der Reichsregierung am 14. Dezember 1918 erlassenen Gesetz jeder, der die angeordnete Ablieferung unterläßt, sich also noch unrechtmäßiger Weise im Besitz von Heeresgut befindet, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark bestraft wird.

— **Ueber die Lage unserer Truppen in der Ukraine** und ihren Abtransport in die Heimat wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die verworrenen politischen Verhältnisse in der Ukraine und in den angrenzenden Bezirken haben es mit sich gebracht, daß unsere Truppen an manchen Stellen in eine schwierige Lage geraten sind. Im Norden werden sie von bolschewistischen Banden bedrängt, während in der Ukraine selbst bis vor kurzem der Bürgerkrieg tobte, sodaß zeitweilig der Verkehr stark beeinträchtigt war und der Abtransport stellenweise stockte. Auch gegenwärtig ist die neue Regierung noch nicht derartig Herrin der Lage, um die mit den deutschen militärischen Stellen getroffenen Vereinbarungen über den geregelten Abtransport vollkommen durchführen zu können. Immerhin ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß alle unsere Truppen ungefährdet die Heimat erreichen werden, sofern sie nur unter sich die Ordnung und Geschlossenheit bewahren. Wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, kann man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß etwa Anfang März die letzten deutschen Truppen die Ukraine verlassen haben werden.

— **Butterverteilung.** Die Provinzialfettstelle Danzig hat in den letzten Wochen nie mehr die volle Wochenmenge Butter der Stadt Thorn zugehen lassen können, weil in der Provinz infolge der zurückgegangenen Erträge der Milchwirtschaft während der Wintermonate nicht mehr die erforderliche Buttermenge hergestellt werden kann. Für die laufende Woche ist sogar erheblich weniger als die Hälfte Butter der Stadt geliefert worden. Auch für die nächsten Wochen und Monate ist der Stadt bekanntgegeben, daß Thorn mit einer stärkeren Belieferung nicht rechnen darf. Es hat daher leider, wie aus der heutigen Butterbekanntmachung zu ersehen ist, die Butterration von 62½ Gr., die bisher für 10 Tage galt, für 14 Tage bestimmt werden müssen und auch das ist nur möglich unter allmählicher Verwendung der von der Stadt in den früheren Monaten angesammelten Butterreserve, die dadurch geschaffen wurde, daß 62½ Gramm Butter statt für sieben Tage, für acht Tage ausgegeben worden sind.

— **In der Altstädtischen ev. Kirche** soll Sonntag, den 5. d. Mts., abends 6 Uhr statt des Predigtgottesdienstes ein Vortrag von Herrn Pfarrer J a c o b i gehalten werden: „Wie verhält sich der evangelische Christ bei den Wahlen zur Nationalversammlung?" An den Vortrag soll sich eine Aussprache anschließen. Jeder evangelischer Christ ist willkommen.

— **Die Kammersängerin Cläre Dux** wird, wie aus dem Anzeigeteil ersichtlich, am 14. Januar im Artushof ein Konzert veranstalten.

— **Eingebrochen** wurde in der Nacht zu Neujahr in den Hühnerstall des Kaufmanns J a k u b o w s k i, Ecke Mellien und Talstraße. Der Täter schlachtete an Ort und Stelle 8 wertvolle Hühner und entkam unerkannt. Er ließ das bei der Tat gebrauchte Messer zurück.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Freitag, den 3. Januar 1919: Wolkig, windig, Niederschläge, Temperatur aufsteigend.

Culmsee. D e u t s c h - d e m o k r a t i s c h e P a r t e i. Am Sonnabend abend fand in der Villa nova eine von der deutsch-demokratischen Partei T h o r n einberufene öffentliche Wählerversammlung statt. Den Vorsitz führte Herr Rechtsanwalt B u t s c h k o w s k i. Herr Rechtsanwalt S t e n z e l aus Thorn ergriff das Wort, um die Ziele der deutsch-demokratischen Partei darzulegen. Darauf sprach Herr Besitzer H a c k [illegible]-Bramtscher. Er bezeichnete die gewesene Regierung als einzige Verlängerin des Krieges. Hiergegen wandte sich Herr Mittelschullehrer P a u l-Thorn, der die Verdienste der alten Regierung besonders hervorzuheben versuchte. Herr Pfarrer A h l e m a n n sprach im Namen der früheren nationalliberalen Partei. Es ist dies eine der Parteien, die nicht weiß, ob sie sich nach rechts oder links anschließen soll. Sodann meldete sich der unabhängige Sozialdemokrat Herr R e i m a n n-Berlin zum Wort. Seine Widerlegungen wurden durch laute Zwischenrufe gestört, sodaß er mit seiner Rede abbrach. Herr B o r k o w s k i aus Thorn ermahnte die Handwerker, sich nicht an die Wand drücken zu lassen, und empfahl den Anschluß an die deutsch-demokratische Partei. Hierauf ergriff Herr L e w i c k i-Culmsee das Wort und geißelte die alte Regierung. Herr Zahnarzt M e i s e l führte die russischen Zustände vor Augen und ermahnte, ja nicht in diese Fußtapfen zu treten. Die Versammlung wurde, nachdem Herr Stenzel noch zum Eintritt in die deutsch-demokratische Partei aufforderte, vom Vorsitzenden geschlossen.

Culmsee. D i e G r a u e n S c h w e s t e r n. Der Jahresbericht der hiesigen grauen Schwestern von der hl. Elisabeth zeigt, wie segensreich dieser Orden im letzten Kriegsjahr gewirkt hat. Es wurden im ganzen 482 Kranke gepflegt. Tagespflegen waren im ganzen 1630, Nachtwachen 710, Verbände im Hause 760. An Mittagessen wurden an Arme und Kranke verabfolgt 1368 Portionen. 160 Stück Kleidungsstücke wurden an Bedürftige verteilt. Die Schwestern nahmen im Laufe des verflossenen Vereinsjahres 15 Waisenkinder auf, die in guten religiösen Familien untergebracht wurden. Da dieser Vereinigung keine eigenen Mittel zur Verfügung stehen, sondern alle Ausgaben durch milde Gaben gedeckt werden, so ergeht an die Culmseer Bürger der Ruf um Unterstützung dieses im Dienste der Wohltätigkeit stehenden Unternehmens.

Danzig. S e l b s t m o r d a u s L i e b e s k u m m e r. Die 23jährige Johanna W., Tochter des Maurers Wilhelm W. aus Neufahrwasser, lernte vor einiger Zeit einen Militärbeamten kennen, mit dem sie ein Liebesverhältnis anbahnte. Als dieser nun vom Heeresdienst entlassen wurde und in seine Heimatstadt Dresden zurückkehrte, stellte sich heraus, daß er verheiratet und Familienvater war. Das Mädchen verschaffte sich aus dem elterlichen Haushalt die nötigen Barmittel, fuhr ohne Vorwissen der Eltern nach Dresden und tötete sich in der Nähe der Wohnung des Mannes durch einen Schuß ins Herz.

Bromberg. R a u b ü b e r f a l l. Einer Dame, die am Freitag abend in Begleitung von zwei anderen Damen vom Blindenheim nach ihrer Wohnung ging, wurde unterwegs von einem jugendlichen Burschen die Handtasche entrissen. Der Täter flüchtete mit seinem Raube.

Labischin. T ö d l i c h v e r u n g l ü c k t. Infolge unvorsichtigen Umgehens mit Benzol beim Nachfüllen einer Lampe, wobei das Benzol in Brand geriet, erlitten die Arbeiterfrau G o t o w i c z und ihre Tochter Klara so schwere Brandwunden, daß beide nach wenigen Stunden starben.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Die völlige Sonntagsruhe.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat für sämtliche kaufmännische Betriebe ab 1. Januar 1919 die vollständige Sonntagsruhe in Kraft treten lassen. Doch leider werden Bekanntmachungen und Verordnungen von Seiten der Arbeitgeber fast garnicht beachtet. Was nützen uns denn die vielseitigen Versammlungen der einzelnen Verbände bzw. Parteien? — Ein Jeder verspricht uns goldene Berge und will für das Wahl der kaufmännischen Angestellten eintreten. Merkwürdig, gerade hier in Thorn scheint es an einer einheitlichen kaufmännischen Organisation zu fehlen. Es ist ferner sehr bedauerlich, daß die kaufmännischen Verbände, die doch wirklich über eine große Anzahl von Mitgliedern verfügen, sich das Szepter aus der Hand haben nehmen lassen. Darum rufe ich noch einmal allen kaufmännischen Angestellten zu: Laßt Euch organisieren und schließt Euch einem Verbande an, der auf d e m o k r a t i s c h e r G r u n d l a g e steht. Ist dieses Ziel klar erkannt, dann darf es keine Halbheiten geben, keine Vorstufen, keine Betriebsgemeinschaften. Nur eine restlose und vollständige Verschmelzung der bestehenden Verbände kann zum sicheren Ziele führen. Der Ruf ist erklungen! Findet er Widerhall in den Herzen der Berufsgenossen und ihrer Führer, dann kann die „Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten" als bedeutungsvolle Errungenschaft die Zukunft unseres Standes sichern. Mögen alle deutschen Handlungsgehilfen ihre besten Kräfte einsetzen, um dieses schöne und hohe Ziel zu erreichen. Die Angestellten sind eine wachsende Schicht in unserem Volke, sie haben daher eine Zukunft — wenn sie wollen. Wenn eben der Arbeiter- und Soldatenrat denkt, auch ohne uns fertig zu werden, dann wolle er also mehr darauf achten, daß die v o l l s t ä n d i g e S o n n t a g s r u h e auch am Neujahrstage streng durchgeführt wird und nicht, daß ein Jeder macht, was er will.

Ein organisierter Angestellter auf demokratischer Grundlage.

Auf das Eingesandt in Nr. 1 der Thorner Zeitung möchten wir dem betr. Einsender empfehlen, sich vorerst an Ort und Stelle Erkundigungen einzuholen, woher die Abfuhr von faulen Kartoffeln herrührte, ehe er derartig schwerwiegende Beschuldigungen öffentlich ausspricht. Seitens des städt. Kriegsspeisehauses sind seit Bestehen desselben faule Kartoffeln nicht abgefahren worden, auch ist die Behauptung, den Besuchern würden Kartoffelmarken abgenommen, unwahr und entbehrt jeder Begründung. Zur Aufklärung diene ferner, daß im städt. Kriegsspeisehaus und der Mittelstandsküche nur in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Juli 1917 eine Abnahme von Kartoffelmarken stattgefunden hat.

Anmerkung der Schriftleitung: Zu dieser Erwiderung, die uns aus dem städtischen Kriegsspeisehause zugekommen ist, fügen wir hinzu, daß der Einsender sich offenbar dadurch hat irreführen lassen, daß sich neben den Aufbewahrungsräumen des Kriegsspeisehauses ein anderes Kartoffellager befindet, das mit dem Speisehaus nichts zu tun hat.

Standesamt Thorn.

Vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919.

S t e r b e f ä l l e: Helmut Zenker 6½ Mon. Haushälterin Marianna Ernest 50 J. Kaufmannswitwe Henriette Kargauer geb. Walter 78 J. 3 Mon. Paul Kawecki 3 Std. Gefreiter Landwirtschaftlicher Eleve Paul Buller 18 J. 3 Mon. Gefreiter Gymnasiast Franz Martin 18 J. 9 Mon. Dienstmädchen und Rentenempfängerin Marie Zurawska 66 J. 11 M. Schülerin Gerta Gatzke 8 J. 8 Mon. Musketier Kaufmann Ortwin Pitsch 20 J. 5 Mon. Leutnant v. d. 9. Komp. Inf.-Regts. 176 Otto Büchs 19 J. 8 Mon. Kaufmannswitwe Doris Wechsel geb. Kretschmer 84 J. 5 Mon.

Standesamt Thorn-Mocker.

Vom 23. Dezember 1918 bis 2. Januar 1919.

S t e r b e f ä l l e: Monteurfrau Frieda Wendland 30 J. Olga Jeschke 21 J. Leuteunternehmer Johann Borchmann 55 J. Arbeiter Felix Witt 51 J. Arbeiter Karl Schmelzer 64 J. Arbeiterin Leokadia Kreuz 20 Jahre. Briefträgertochter Elisabeth Mazurowski 1 J. 6 Mon. Schlosser Anton Jasinski 40 J. Weichenstellerfrau Alma Wiese 43 J. Zieglermeister Paul Ramlow 42 J. Arbeitersohn Johann Wilczynski 2 J. Ursula Degenhardt 3 Mon.

Neueste Nachrichten.

Aus der französischen Kammer.

P a r i s, 1. Januar. (Drahtnachricht). Der Senat vertagte sich heute bis zum 14. 1. Die Kammer nahm die vom Senat zurückgekommene Finanzvorlage unverändert an und vertagte sich dann ohne Zeitfestsetzung.

Staatliche gewerbliche Fortbildungsschule zu Thorn.

Verbindliche Lehrfächer und Stundenplan für das Winterhalbjahr 1918/19.

Klassen	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Metallarbeiter I	6–8 Zeichnen	6–8 Deutsch und Bürgerkunde	—	6–8 Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	—	
Metallarbeiter IIa	6–8 Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	6–8 Zeichnen	6–8 Deutsch und Bürgerkunde	—	—	
Metallarbeiter IIb	6–8 Zeichnen	6–8 Zeichnen	6–8 Deutsch und Rechnen	6 8 Deutsch und Bürgerkunde	—	—	
Metallarbeiter IIIa	—	6 8 Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	6–8 Zeichnen	6–8 Deutsch und Bürgerkunde	—	
Metallarbeiter IIIb	—	—	6–8 Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	6–7 Deutsch 7 8 Bürgerkunde	6–8 Zeichnen	3–5 Uhr nachm. Pflichtübungen der über 16 Jahre alten Schüler in der Jugendkompagnie, sofern sie nicht Sonnabend um die gleiche Zeit üben.
Gemischte Berufe, Zeichner	6–8 Deutsch und Rechnen	—	6–8 Zeichnen	6–8 Zeichnen	6–7 Deutsch und Bürgerkunde	—	
Holzarbeiter u. Tapezierer	6 8 Deutsch und Rechnen	6–7 Bürgerkunde 7–8 Deutsch	—	5–8 Zeichnen	—	—	
Schuhmacher und Schneider	6–7 Zeichnen 7–8½ Deutsch und Bürgerkunde	—	6–7 Zeichnen 7–8½ Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	—	—	
Bäcker	—	5–8 Deutsch und Rechnen	—	5–8 Deutsch und Bürgerkunde	—	—	
Barbiere, Kellner, Köche usw. Richtzeichner	3–5 Deutsch und Rechnen	3–5 Deutsch und Rechnen	—	—	3–5 Deutsch und Bürgerkunde	—	
Bauhandwerker I	6–8 Deutsch Rechnen	6–8 Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	6–8 Zeichnen	6–7 Deutsch 7–8 Bürgerkunde	6–8 Zeichnen	
Bauhandwerker II	6–8 Zeichnen	6–8 Zeichnen	6–8 Deutsch und Rechnen	6–8 Deutsch und Rechnen	6–8 Zeichnen	6–7 Deutsch 7–8 Bürgerkunde	

Festgesetzt. Thorn, den 31. Dezember 1918.

Der Magistrat.
Hasse.

Heute nachmittag entschlief sanft, nach zweimonatigem, schwerem Leiden im Borromäusstift zu Konitz meine innigstgeliebte Frau, mein treusorgendes, süßes Muttchen

Charlotte Chill

geb. Doepke

im gerade vollendeten 30. Lebensjahr.

Sie folgte ihrer vor 2 Monaten verstorbenen lieben Mutter und Schwestern Alwine, Margarete und Olga in die Ewigkeit.

Otto Chill, Gerichtskassenkontrolleur.
Gerda Chill.

Thorn, 30. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung in Buchholz, Kreis Schlochau, am Freitag, den 3. Januar 1919, nachmittags 1 Uhr vom Elternhause aus statt.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen in der Sylvesternacht unsere liebe Mutter,

die Kaufmannswitwe

Frau Doris Wechsel

im Alter von 84 Jahren nach kurzer Krankheit durch einen sanften Tod zu sich zu nehmen, was hiermit schmerzerfüllt anzeigen

Thorn, den 1. Januar 1919

Clara Wechsel, Lyzeallehrerin
Hermann Wechsel, Kaufmann
Portland, Maine.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Klosterstraße 20 aus statt.

Statt Karten.

Gestern abend 7 Uhr starb unser lieber geliebter Sohn

Alfred Jrmer

im fast vollendeten 14. Lebensjahr.

In tiefem Schmerz

A. Jrmer und Frau.
Hans-Georg, als Bruder.

Thorn, den 2. Januar 1919.

Beerdigung Sonntag nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des altstädt. evang. Kirchhofes.

Statt Karten.

Georg

Die glückliche Geburt eines

kräftigen Neujahrsjungen

beehren sich anzuzeigen

Paul Weyer und Frau
Vally geb. Froelich.

Die Geburt eines gesunden

Stammhalters

zeigen hocherfreut an

Lethmate i. Westf., Dezember 1918.

Dr. Josef Westhoff
und Frau **Elisabeth** geb. **Grosser.**

Am Dienstag, den 7. 1. 1919, vorm. 10 Uhr, findet auf dem **Wagen-Hausgelände 8.9 Thorn-Mocker Radialstr.** der

Verkauf von 48 Artilleriefahrzeugen

(Kastenwagen)

in öffentlicher Versteigerung gegen sofortige Barzahlung statt.

Artilleriedepot.

Preuss. Klassen-Lotterie

1. Klasse Ziehung: 7. u. 8. Jan.

Lose

1/1 = 40 M.
1/2 = 20 „
1/4 = 10 „
1/8 = 5 „

vorrätig bei

Erdler,

Preußisch. Lotterie-Einnehmer
Thorn, Breitestraße 22, 1.

Eine Waschfrau kann sich sof. melden **Fischerstraße 25.**

Stadt-Theater

Donnerstag, 2. Januar, 7½ Uhr: Klassikerabend! Neu einstudiert!
Des Meeres und der Liebe Wellen
Freitag, 3. Jan. 19, 7½ Uhr:
„Die Fahrt in's Glück".
Sonnabend, 4. Januar 7½ Uhr: Ermäßigte Preise!
Des Meeres und der Liebe Wellen.

Freitag, den 3. Januar, abends 8 Uhr
J. □ in I.

Männer-Gesang-Verein „Liederfreunde."

Chormeister: Seminar- und Musiklehrer **Janz.**

Sangesfreudige heimgekehrte Krieger und stimmbegabte Herren finden herzliche Aufnahme in unserm Verein. Anmeldungen in den Singstunden: jeden Freitag abends 8 Uhr im Vereinszimmer des Artushofes. **Der Vorstand.**

Möbl. Zimmer

von gleich oder 15 Januar gesucht. Offerten mit Preisangabe unter Nr **179** an die Gesch. d. Ztg.

Viktoria-Park.

Donnerstag, Sonnabend und Sonntag:

Großer Ball

Spiegelglatter Parkettfußboden.

Donnerstag und Sonnabend Anfang 6 Uhr. Sonntag Anfang 4 Uhr.

Bin aus dem Felde zurück

und habe meine **Mauerstrasse 32** befindliche

Möbel- und Bautischlerei

mit elektrischem Betrieb

wieder aufgenommen. Ich empfehle mich weiterhin zur Anfertigung von allen **Möbeln**

Kontor- u. Geschäftseinrichtungen
Herstellung von Türen u. Fenstern
: : Reparaturen aller Art : :

Indem ich meinen früheren Auftraggebern für das mir geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich ergebenst, mein Unternehmen auch fernerhin gütigst zu unterstützen.

Hochachtend

Paul Hinkelmann

Tischlermeister, Fernsprecher 414.

Bekanntmachung.

Als Notstandsarbeit sollen die Regulierungsarbeiten in der verlängerten Heppnerstraße, zwischen Kirchhofstraße und der Culmer Chaussee vergeben werden.

Wir haben einen Termin auf **Montag, den 6 Januar 1919,** vorm 10 Uhr im Stadtbauamt festgesetzt

Verdingungsunterlagen können während der Dienststunden, von Donnerstag, den 2. Januar 1919 ab im Stadtbauamt eingesehen, oder gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von 0,75 Mark von dort bezogen werden.

Die Angebote sind als solche äußerlich kenntlich zu machen und an den Magistrat, z. H. des Herrn Bürodirektor **Koch,** Rathaus Zimmer Nr. 19 mit der Unterschrift anerkannten allgemeinen Verdingungen einzureichen

Thorn, den 30. Dezember 1918.

Der Magistrat.

In das Handelsregister, Abteilung A ist bei der Firma **J. Pomierski** in Thorn eingetragen als Inhaber: Kaufmann **Felix Goreczynski** in Thorn. Seine Prokura ist durch Uebergang des Geschäfts auf ihn erloschen.

Thorn, den 16. Dezember 1918.

Amtsgericht.

Tischlerlehrlinge

stellt ein

Paul Hinkelmann,
Tischlermeister, Mauerstraße 32.

Ehrl., besseres Fräulein sucht von sofort Stellung im **Kolonialwarengesch.** oder **Konditorei.** Offerten unter **J. R. 187** an die Gesch. d. Ztg

---

Tüchtiger verheirateter

Kutscher

bei freier Wohnung und Heizung für dauernd gesucht

Georg Michel,
Dampfsägewerk. — Thorn-Mocker.

Garn

glatte, reißfeste Qualitätsware (kein Papier) tiefschwarz und reinweiß auf Pappkärtchen in geschmackvoller Fabr.-Aufmachung zum „3 evtl. 4 St. für 1 Mark" **Verkauf** bei hochprozentigem Verdienst liefert an Händler und Wiederverkäufer. Muster (4 Stck sortiert) werden nur gegen Voreinsendung von 1 Mk. abgegeben.

Hermann, Berlin NW87
Huttenstraße 3.

Wer vergibt an Dame

800 Mark

gegen monatliche Rückzahlung. Gefl. Briefe unter **F. O. 180** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mittl. Staatsbeamter

in Köln, vorübergeh. Thorn, 40 J., ev., mittl. Größe, wünscht die Bekanntschaft einer geb., vermög., freidenk. Dame, auch Witwe ohne Kind, bis 3 Jahre, zwecks Verheiratung. Damen v. Lande bevorzugt. Streng Diskret. Off. eventl. mit Bild, w. lches zurückgef. wird, unter **A. T 177** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Deutsche demokratische Partei

Oeffentliche

Versammlung

für

Amthal, Ellermühl, Gr. u. Kl. Bösendorf, Guttau, Hohenhausen, Pensau, Rentschkau und Scharnau

Sonntag, den 5. Januar, nachm. 6 Uhr in Amthal bei Gastwirt Tews.

Thema:

Was ist und was will die Deutsche demokratische Partei?

In Anbetracht der Wichtigkeit einer eingehenden Aufklärung für die Wahlen am 19. und 26. 1. 19 wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Geschäftsstelle Thorn.

Die allgemeine parteilose

Frauen-Versammlung

wird bis auf Weiteres

verschoben.

Odeon-Lichtspiele
Gerechtestraße 3

Von Freitag bis Montag:

Das Maskenfest des Lebens

Drama in 4 Akten

Hauptrolle die beliebte Schauspielerin Henny Porten.

Personen:

Der Großherzog	Carl Zickner
Die Herzogin	Olga Engel
Yolante von Schmettau	Henny Porten
Graf Horst	Ernst Wendt
Baron Dürren	Bruno Eichgrün
Professor Sanders	Bruno Decarli
Die alte Sabine	Ella Wagner

u. s. w.

Primanerliebe

Lustspiel in 3 Akten.

Personen:

Rentier Balduin	Richard Senius	Sämtliche Schauspieler vom Theater a. Nollendorfplatz Berlin
Frau Balduin	Marga Kupfer	
Hansi, deren Tochter	Hansi Hansen	
Fritz	Hugo Fischer	

u. s. w.

NB. Es wird höflichst gebeten, diese Vorstellungen möglichst zu Beginn, von 3 Uhr ab beizuwohnen, da sich nur dann über die Plätze gut bestimmen läßt.

Metropol-Theater
Friedrichstr. 7

Von Freitag den 3. bis Montag den 6. Januar:

Das verhängnisvolle Andenken

Tragödie in 4 Akten

Hauptrolle: **Maria Widal, Lu Synd**

Personen:

Marie von Questein	Maria Widal
Baron von Trosta	Mart Mar
Ruth Werschinski	Lu Synd

Die Drei van Hells

Detektiv Film, 3 Akte von Hans Krölz. Das zweite Abenteuer des Aristide Carr mit Curt Goetz

Schurzels zerrissene Hosen

Lustspiel in 2 Akten usw

Sonntag von 1½—4 Uhr: Große Kinder-Vorstellung

Artushof.

Dienstag, den 14. Januar abends 7½ Uhr:

Cläre Dux

Kammersängerin

Magda Siemens am Klavier.

Eintrittskarten: Buchhandlung **Walter Lambeck** Elisabethstraße 20

3zölliger

Kastenwagen

gut erhalten, steht zum Verkauf bei **Heinrich Netz.**

Eine ganze **Vorderzimmer-Einrichtung** und Schneidertisch von sof. zu verm. Zu erfr. in der Geschäftsst. dies. Ztg.

Thorner Zeitung

Nr. 2. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Freitag, 3. Januar 1919**

Steuerpläne der Reichsregierung.

Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich schärfer als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden und ungesäumt in Angriff genomm enwerden.

Zu diesem Zweck hat der Rat der Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamts folgendes beschlossen.

I.

Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form

1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 26. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt, und die Erhebung der Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegssteuerrücklage in Höhe von 80 vom Hundert des Mehrgewinn — gegenüber bisher 60 vom Hundert — vorgeschrieben worden ist;
2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung dergestalt erfaßt werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfange wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

II.

Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden; um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Zufälligkeiten auszugleichen, insbesondere auch das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besitzsteuer erfolgen.

III

Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichs-Einkommensteuer mit weiter geführter Progression mindestens für diese Einkommensteuerstufen eingeführt wird.

IV.

Die einzelnen Einkommenquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträgnisse des Kapitals (Kupons, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinn geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

V.

Die Erbschaftssteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabebesatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

VI.

Eine besondere Abgabenordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu belebende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu I (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt; ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung
Ebert. Scheidemann.
Der Staatssekretär des Reichsschatzamts.
Schiffer.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 2. Januar 1919.

— **Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe** hat erhalten Herr Studienrat Dr. Jacobi-Thorn.

— **Beleihung von Schuldbucheintragungen der Kriegsanleihe.** Gegenüber aufgetauchten Zweifeln sei darauf hingewiesen, daß die in das Reichsschuldbuch eingetragenen Kriegsanleihe-Schuldbuchforderungen, ebenso wie Anleihe-Schuldbuchforderungen, ebenso wie Anleihestücke selbst, durch die Reichsdarlehnskassen mit 85 v. H. des Ausgabekurses beliehen werden. Die Inhaber der Schuldbuchforderungen haben es mithin nicht nötig, sich im Falle von vorübergehendem Geldbedarf von der Reichsschuldenverwaltung Anleihestücke ausfertigen zu lassen.

— **Schutz vor den Vorstrafen.** Im Preußischen Justiz-Ministerial-Blatt ist eine Verfügung des Justizministers Dr. Rosenfeld veröffentlicht, die eine Einschränkung der Feststellung früherer Bestrafungen von Angeklagten und Zeugen zum Gegenstand hat. In der Einleitung wird auf die besondere soziale Bedeutung dieser Frage hingewiesen, die schon seit langem die Oeffentlichkeit beschäftigt hat und gerade unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit ihrem Gefolge der Arbeitslosigkeit nach einer durchgreifenden Lösung verlangt. Abhilfe will die Verfügung bis zu einer künftigen Gesetzesreform durch bestimmte Vorschriften für die Staatsanwaltschaft und Hinweise für die Gerichte erreichen, die darauf hinauslaufen, daß von allen nicht unbedingt notwendigen Feststellungen der Vorstrafen, auch gegenüber Zeugen, schon im Ermittelungsverfahren der Staatsanwaltschaft abgesehen wird und die als notwendig eingezogenen Auskünfte aus den Strafregistern möglichst gegen unbefugte Einsicht geschützt werden, daß aber ferner auch in den Gerichtsverhandlungen selbst alles geschieht um eine nicht unbedingt notwendige Bekanntgabe und Erörterung der Vorstrafen zu vermeiden.

— **Aus sibirischer Kriegsgefangenschaft** erhalten wir von einem früheren Mitgliede der Schriftleitung, das bald nach Ausbruch des Krieges in russische Gefangenschaft geriet, ein Schreiben vom 29. 9. 18 aus Wladiwostok, in dem es u. a. heißt: Nach langer Zeit ist es mir möglich, nach Thorn Nachricht zu geben — das Geschick hat wunderlich mit uns gespielt. Mit dem Eingreifen des Vierverbandes hier im fernen Osten hat das schwedische Rote Kreuz uns zunächst an die tschechisch-slovakische Heeresabteilung abgeliefert, deren Gefangene wir einen Monat etwa waren. Zur Zeit arbeiten wir im Lager des amerikanischen Expeditionskorps, und es gehen Gerüchte, daß wir von dessen Verwaltung übernommen werden sollen. Ein Teil von uns ist von den Tschechen nach Charbin gebracht, ein anderer arbeitet bei den Engländern, und alle langgeknüpften Bande der Freundschaft unter uns sind so jäh zerrissen. Was aus uns armen Teufeln werden wird, weiß nicht einmal der Himmel. Körperlich geht es mir gut, auch werden wir menschlich behandelt, sodaß wir wünschen, nicht mehr zu den Tschechen zurückzukommen. — Die Nachricht von der menschlichen Behandlung der armen Kriegsgefangenen in Rußland seitens der Amerikaner wird zweifellos von vielen mit Beruhigung aufgenommen werden.

Elbing. Reden und Taten. Aehnlich wie Geheimrat Bentzki in Graudenz, hatte auch der Inhaber der Elbinger Dampf- und Wassermühlenwerke Oskar Siedefeldt, Mühlenbesitzer Kurt Hilger, seinen Arbeitern das Angebot gemacht, den Betrieb zu übernehmen, also gewissermaßen zu sozialisieren. Aber auch hier ist das Anerbieten im Hinblick auf die gegenwärtigen schlechten Zeitumstände abgelehnt worden.

Gumbinnen. Ein Einbruch wurde in der Altstädtischen Kirche verübt. Es wurden die Opferkästen erbrochen und verschiedene dem Küster gehörige Sachen gestohlen. Ein weiterer Einbruch ist im Rathaus geschehen, dort wurden fast alle Bureaus erbrochen und die Einrichtungen durchwühlt. Als Täter sollen in beiden Fällen Soldaten in Frage kommen.

Braunsberg. Agitation auf Staatskosten. Die „Erml. Ztg.“ kämpft mit Heftigkeit gegen die mit Hilfe von Staatsgeldern betriebene Agitation der Sozialdemokratie. Sie macht aufmerksam auf eine Anzeige des „Braunsberger Kreisblattes“ vom 12. Dezember. Dieselbe lautet: „Die Kameraden Karl Zander und Heinrich Hammer sind vom Königsberger Soldatenrat ermächtigt, Versammlungen einzuberufen, diesbezügliche Inserate im Kreisblatt aufzugeben, dienstliche Telegramme und Telephongespräche auszuführen. Die Herren Amts- und Gemeindevorsteher werden ersucht, ihnen den nötigen Schutz und Hilfe zuteil werden zu lassen, ihnen Fahrgelegenheit zu beschaffen und nötigenfalls Unterkunft zu besorgen. — Unterzeichnet: Der Landrat.“ Im Kampfe gegen diese Verwendung von Amtsgewalt und Staatsgeldern schlägt das Blatt die Sozialisten mit ihren eigenen Worten, indem es ein Zitat sozialistischen Ursprungs aus der Zeit vor der Revolution ausgräbt: „Es ist die größte Gemeinheit, die es gibt, die Steuergroschen des Volkes zur Wahlmache zu mißbrauchen.“ — Heute, so fügt die „Erml. Ztg.“ hinzu, werden von Arbeiter- und Soldatenräten im ganzen Land auf Regimentsunkosten sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, Plakate und Flugschriften sozialdemokratischer Färbung gedruckt.

Aus aller Welt.

Drei Plünderer erschossen.

Wie aus Kassel gemeldet wird, wurden nachts drei Soldaten, die auf dem dortigen Bahnhof plünderten und auf Anruf des Postens nicht antworteten, durch Scharfschüsse schwer verletzt. Alle drei sind den Verletzungen erlegen.

Schweres Fliegerunglück.

Ein von Trier gekommenes englisches Flugzeug, in dem Divisionsgeneral Rhodes, der amerikanische Delegierte für die Waffenstillstandsverhandlungen, als Passagier fuhr, stürzte beim französischen Dorf Louvres nieder. Der Führer des Flugzeuges Leutnant Gilpin war sofort tot, der amerikanische General wurde schwer verletzt.

Die Lage in Schlesien.

Breslau, 30. Dezember. Der Provinzialvolksausschuß für Schlesien trat unter den Vorsitz des preußischen Ministers des Innern, des Volksbeauftragten Landsberg und von Vertretern aller Regierungsbehörden und aller politischen Parteien des Zentralrates und der militärischen Behörden sowie der oberschlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise zusammen. Hinsichtlich der tschechischen Frage wurde festgestellt, daß ein Grund zur Sorge für die schlesische Grenzbevölkerung zurzeit nicht vorliege, zumal die Reichsregierung entschlossen sei, mit allen Machtmitteln Eingriffen entgegenzutreten. In der oberschlesischen Frage wurde nach vielstündigen Verhandlungen eine Entschließung gefaßt, betreffend Besetzung landwirtschaftlicher und politischer Beamtenstellen durch mit Oberschlesien vertraute und katholische, polnisch sprechende Männer, betreffend Ordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat und des Religionsunterrichts auf gesetzlichem Wege und nach Benehmen mit den Kirchenbehörden, Freiheit der Religionsausübung, Religionsunterricht in der Muttersprache. Minister Hirsch faßte das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß die Versammlung in überwiegender Mehrheit die Errichtung einer Republik Oberschlesien oder einer Republik Schlesien ablehnt und erklärte, daß die Regierung der Provinz Schlesien den erforderlichen Schutz nach Kräften gewährt werde. Er selbst werde dafür eintreten, daß einstweilen der Provinz Schlesien ein gewisses Selbstbestimmungsrecht gewährt werde.

Zur Lage in Bayern.

München, 30. Dezember. In der heutigen Nachmittagssitzung des provisorischen Nationalrates, in der über die von den Unabhängigen eingebrachte Interpellation, betreffend Bürgerwehr, beschlossen wurde, rechtfertigte Justizrat Timm sich in längeren Ausführungen, weshalb er den Aufruf zur Gründung einer Bürgerwehr unterschrieben habe. Darauf gab Ministerpräsident Eisner eine Erklärung ab, in der er im Namen der Gesamtregierung u. a. sagte, daß der Ministerrat die Schaffung einer Bürgerwehr verlangt. Das Ministerium sei einig in dem Entschluß, gegen jede Gefährdung der revolutonären Errungenschaften mit allen Mitteln einzuschreiten. Auf Anordnung des Ministers der militärischen Angelegenheiten werden Waffen nicht mehr herausgegeben und die bereits herausgegebenen zurückgefordert. In seinen weiteren Ausführungen warnte der Ministerpräsident die Mitglieder des Hauses Wittelsbach, sich mit den konterrevolutionären Elementen einzulassen, als deren Führer er offen den Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, bezeichnete. Es werde sofort eine Verordnung wegen Einsetzung eines nationalen Gerichtshofes veröffentlicht werden und in Kraft treten, der aus 12 Mitgliedern des provisorischen Nationalrates zusammengesetzt sei.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Essen, 30. Dezember. Wie wir erfahren, sind die Belegschaften der Schachtanlagen Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, „Lohberg“, „Rhein II“, „Neumühl“, „Westend“, „Konkordia“, „Alstaden“, vollzählig angefahren.

Die Bergarbeiter der Schachtanlagen „Gute Hoffnungshütte“, „Sterkrade“, „Hugo“ u. „Oberhausen“ streiken noch. Die Verwaltung der „Gute Hoffnungshütte“ hatte den Bergarbeitern Entschädigungen nur für die durch den Streik ausgefallenen Tage zugebilligt. Heute morgen zogen die Belegschaften der Schächte „Sterkrade“ und „Hugo“ unter der Führung von Hamborner Bergarbeitern zur Schachtanlage „Osterfeld“ und zwangen die Bergleute auf diesem Schacht, die Arbeit niederzulegen. Zeche „Vondern“ und „Jakobi“ arbeiten noch.

In einer Erklärung der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ zu der Streikbewegung der Hamborner Bergarbeiter wird darauf hingewiesen, daß nach den Vereinbarungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverbande vom 1. Januar 1919 ab ein Durchschnittslohn für Kohlenhauer von etwa 18 Mark je Schicht erzielt wurde. Im Durchschnitt werde demnach das Monatseinkommen eines Kohlenhauers etwa 450 Mark und das Jahreseinkommen 5400 Mark betragen. Eine weitere Errungenschaft sei die Einführung der Achtstundenschicht, was für die Bergarbeiter eine Schichtverkürzung um eine halbe Stunde bedeute. Die Hamborner Bergarbeiter erzwangen aber, sich über die Vereinbarungen zwischen den Organisationen hinwegsetzend, eine Schichtverkürzung auf $7^1/_2$ Stunden, während 95 Prozent der Zechen des Ruhrbezirks die ordnungsmäßige Achtstundenschicht verfahren.

Die Deutschen als Sklaven.

Der „Matin“ vom 17. d. Mts. fordert die Verwendung deutscher Kriegsgefangener als Erdarbeiter zum Wiederaufbau Nord-Frankreichs und Belgiens.

Nach den qualvollen Leiden der mehrjährigen Kriegsgefangenschaft sollen die unglückseligen Gefangenen noch zu Sklavendiensten erniedrigt werden. Diese Forderung, die nur aus gemeinster, roher Gesinnung entspringen kann, richtet sich selbst.

Die tiefsten Bergwerke der Welt.

Die Bergwerke, die am tiefsten in das Dunkel des spröden Erdreiches hinabsteigen, um der Finsternis ihre metallenen Schätze zu entreißen, sind wohl die großen Kupferbergwerke am Oberen See in Nordamerika. Die auf dem Steingeröll von Tamera liegenden Minen erreichen eine Tief von 1554 Meter, und die Minen von Calumet und Hekla sind bis in eine Tiefe von 1493 Meter getrieben. Sie bilden eine interessante und unzweideutige Bestätigung der Gesetze, nach welchen sich in gewissen Tiefen der Kupfergehalt verringert. Diese Bergwerke arbeiteten lange Zeit mit einem Kupferträgnis von 4—5 Proz. der geförderten Massen; im Jahre 1906 sank diese Ziffer auf 1,26, 1908 auf 1,05, 1911 auf 1 Prozent und ist weiterhin in wenn auch sehr geringem, doch stetigem Sinken begriffen. Damit bleibt der Metallgehalt in seinem Verhältnis zur Fördermasse sogar noch hinter dem der Porophminen von Utha zurück, wo der Prozentsatz durchschnittlich 1,50 beträgt. Die Kupferminen am Oberen See können ihre Arbeit mit Erfolg nur auf Grund der besonders günstigen Umstände fortsetzen, unter denen die Erzscheidung in diesen Gebieten ausgeführt wird. Die Fördermassen weisen in der Tat, auch für Rohkupfer, kaum noch andere Rohbestandteile auf, und das Kupfer wird gleichsam von der Natur bereits in einem gereinigten Zustande geliefert. Seit ihrer Begründung haben die Galumetminen rund 500 Millionen Mark in Dividenden ausgeschüttet. Die Schächte dieser nordamerikanischen Kupferbergwerke besitzen in der Regel eine Neigung von 40 Prozent. Die senkrechten Schächte, durch die man die mehr oder minder tiefliegenden Kupferablagerungen erreicht, sind im Gegensatz zu den europäischen Methoden selten. Aber die Red Jacket-Mine besitzt einen senkrechten Schacht von 1500 Meter Tiefe. Die Temperatur des Gesteins in diesen Tiefen geht über 31 Gr. C. hinaus.

Der findige Hoteldirektor.

Der Dichter Rudyard Kipling hat einen schönen Garten, in dem viele schöne Bäume stehen. Er sieht es nicht gerne, wenn der Omnibus eines in der Nähe seines Hauses gelegenen Hotels durch die Ungeschicklichkeit des Lenkers ein Stück in seinen Garten hineinfährt und dort die Bäume beschädigt. Also wendet sich Rudyard Kipling an den Hoteldirektor und verlangt einen gebührenden Schadenersatz. Zu seinem Staunen erhielt er aber, wie wir im „Mercure de France“ lesen, auf seinen Brief keinerlei Antwort. Auch ein zweiter, schon etwas energischerer Brief blieb vollkommen unbeachtet. Da wurde es dem Dichter schließlich doch zu bunt, und er suchte den Hoteldirektor persönlich auf. Was es denn mit dem Schadenersatz für seine beschädigten Bäume sei? „Ja, wissen Sie“, antwortete der findige Hoteldirektor mit treuherziger Miene: „Ich warte eigentlich nur noch Ihren dritten Brief ab. Den ersten habe ich als Kipling-Autogram für ein Pfund Sterling verkauft, mit dem Verkauf des zweiten hatte ich schon zwei Pfund Sterling, wenn ich nun auch noch ein drittes Autogram von Ihnen verkaufen kann, wird es mir ein Leichtes sein, Sie vollkommen schadlos zu halten . . .“

Die Frau als Jockey.

Nachdem die Frau während des Krieges in fast alle Berufe, die bisher den Männern vorbehalten waren, eingedrungen ist, erhält sie jetzt auch das allgemeine Wahlrecht und gelangt damit an das Ziel, das die Frauenbewegung sich gestellt hatte. Trotz dieser Fortschritte hat man in unseren Tagen aber noch nichts davon gehört, daß eine Frau sich auch als Jockey betätigt habe. Dabei wäre dies nicht einmal völlig Neues; denn schon vor hundert Jahren hat es, wie eine französische Zeitschrift erzählt, einen weiblichen Jockey gegeben, der sich sogar sehr ausgezeichnet und damals große Berühmtheit erlangt hat. Im August 1805 nahm eine Engländerin, Mary Thornton, an den Rennen in York teil und gewann ein Rennen gegen einen Mr. Brongford. Sie gewann damit zugleich große Wetten, die sich auf 2000 Guineen, 4 Faß Wein und einen goldenen Becher im Werte von 700 Guineen stellten. Die englischen Zeitungen feierten in begeisterten Schilderungen ihren Mut und — ihre Anmut, die sich an diesem Tage „auf mehr als eine Art offenbarten.“ Sogar ein Gedicht wurde zu Ehren der kühnen Reiterin verfaßt, in dem sie mit Diana verglichen wurde. Wenn also der Feminismus die Welt erobert haben wird, dann wird es an der Zeit sein, dieser Miß Thornton als einer Vorkämpferin ihres Geschlechts eine Reiterstatue zu errichten, die natürlich nur das Werk einer Bildhauerin sein darf. .

Das Reichsdemobilmachungsamt hat die nachfolgenden neuen Bekanntmachungen erlassen F. R. 10/12. 18 KRA (K. St I d 13314) vom 5. 12. 18 betr.

Beschlagnahme und Bestandserhebung von Nußbaum- und Mahagoniholz

F. R. 310/12. 18 KRA. (K. St. I d 13331) vom 10. 12. 18 betr.

Höchstpreise für Blei

und F. R. 200/12. 18 KRA (K.St. Id 13432) vom 15. 12. 18 betr.

Beschlagnahme von Ferngläsern usw.

Hierdurch treten die früher erlassenen Bekanntmachungen Nr. V. II. 206/11. 16. KRA vom 15. 1. 16, H. II. 235/8. 17 KRA vom 15. 9. 17, M. 10/3. 16 KRA vom 1. 4. 16, Bst. 200/10. 18 KRA vom 5. 10. 18 außer Kraft.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern bekanntgemacht worden und bei der **Kriegsamtstelle Abt. I d, Danzig, Krebsmarkt 2/3,** einzusehen.

Danzig, den 30. Dezember 1918.

Kriegsamtstelle.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.

Bekanntmachung.

Zur Wahl

für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919

werden die Wählerlisten für die in jedem Stimmbezirk wohnhaften Wahlberechtigten in der Zeit vom 30. Dezember, vormittags 10 Uhr ab auf die Dauer von acht Tagen d. i. bis zum 6. Januar 1919 einschließlich zu jedermanns Einsicht ausliegen und zwar

im Magistratssitzungssaale Zimmer 16 des Rathauses, während der Stunden von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Das Wahrecht kann nur in dem Stimmbezirke ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte in der Wählerliste eingetragen ist.

Hierauf wird besonders hingewiesen, ebenso auf folgende **Bestimmungen über die Einspruchsfrist.**

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist d. i. bis zum 6. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr bei dem Magistrat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, wozu an der Auslegungsstelle Gelegenheit geboten wird.

So haben z. B. Personen in die Wählerliste nicht eingetragen werden können, weil das Alter (vollendete 20. Lebensjahr) aus der Haushaltungsliste nicht ersichtlich war, andere deshalb nicht, weil sie verreist waren.

Soweit die Richtigkeit der den Einspruch begründenden Behauptungen nicht offenkundig ist, hat der Einsprechende für sie Beweismittel beizubringen.

Nach dem Ablauf der Auslegungsfrist können in die Wählerlisten Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt (6. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr) seinen Wohnsitz nach einem andern Stimmbezirke, so ist er berechtigt, sich **nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirkes auf Grund einer hierüber von dem Magistrat auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirke seines neuen Wohnsitzes nachträglich** in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Hierauf werden insbesondere vom Heeresdienste entlassene Wahlberechtigte hingewiesen.

Besondere Regierungs-Verordnungen über die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die erst im Januar 1919 aus dem Felde heimkehren oder mit größeren geschlossenen Truppenteilen aus dem Auslande (unter Umständen auch aus der Kriegsgefangenschaft) zurückkehren, sind außerdem in Aussicht gestellt.

Die Bekanntmachung der Stimmbezirke erfolgt besonders.

Thorn, den 26. Dezember 1918.

Der Magistrat.
Dr. Hasse.

Aufruf

der

Deutsch-nationalen Volkspartei

an die

weibliche deutsche Jugend

aller Stände.

Die Deutsch-nationale Volkspartei beabsichtigt die Gründung einer

Jugendgruppe,

die eine kameradschaftliche Vereinigung deutscher Mädchen aller Stände von 16 Jahren an sein soll. Wir wollen das deutsche Nationalbewußtsein pflegen und eintreten für Erhaltung der Wesensart der deutschen Frau. Neben körperlichen Uebungen und Wanderungen sind eine Reihe belehrender Vorträge politischer und allgemein bildender Art vorgesehen. Die Gründungsversammlung soll demnächst stattfinden. Vorläufige Anmeldungen an Grete Preuss, Fischerstraße 51, Gertrud Klatt, Friedrichstraße 2. Ella Bach, Graudenzerstraße 102.

Butterausgabe.

Auf Abschnitt Nr. 32 der Lebensmittelkarte J können für die Zeit vom 3.—16. Januar 1919 von den Versorgungsberechtigten in den als Butterverkaufsstellen bezeichneten Geschäften

62,5 Gramm Butter

zum Preise von 4.36 Mark für ein Pfund bezogen werden.

Die Butter darf nur in dem Geschäft entnommen werden, welches die Eintragung als Kunde bewirkt hat.

In den beiden städtischen Verkaufsstellen Windstr. Nr. 1 und Bäckerstr. 35 **kann von allen Versorgungsberechtigten ohne Rücksicht darauf, wo sie als Kunde eingetragen worden sind,** gegen denselben Abschnitt

62,5 Gramm Margarine

zum Preise von 2.22 Mark abgefordert werden.

An Militärurlauber, Binnenschiffer und Personen, die sich nur vorübergehend in Thorn aufhalten, sowie auf Zusatzmarken für Schwerstarbeiter, wird Butter nur in der städtischen Verkaufsstelle Windstraße abgegeben; dagegen kann Butter für Kranke, nur in den Geschäften, bei welchem der Haushalt des Kranken als Kunde eingetragen ist, bezogen werden.

Der heute aufgerufene Abschnitt verliert mit dem 16. Januar 1919 seine Gültigkeit.

Thorn, den 31. Dezember 1918.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Kath. Frauenbund

u. die ihm angeschlossenen Vereine

veranstalten am

Freitag, den 3. Januar, um 7½ Uhr abends

im Tivolisaale eine

Versammlung

für alle christlichen Frauen und Jungfrauen

aus Thorn und Umgegend.

1. Vortrag: Staatsformen und ihre politische Würdigung.
2. Vortrag: Wahlarbeit der Frauen.
3. Freie Aussprache.
4. Wahl von Vertrauensleuten und Helferinnen.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Gouvernements beginnen die

Demobilmachungs-Pferde-Versteigerungen

am **Freitag, den 3. 1. 19** und zwar werden jeden Dienstag und Donnerstag die Pferde im Pferdelazarett 87 in Podgorz — Bockrodtstraße, an den übrigen Tagen der Woche im Festungsfuhrpark am Leibitscher Tor versteigert. Jeden Mittwoch und Freitag finden die Pferdeversteigerungen von 9—10 Uhr für r o t e Pferdekarten statt.

Thorn, den 2. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Durch Zahlung von Armengaben haben Neujahrs-Glückwünsche abgelöst:

Kaufmann **Fritz Kordes**
" **Willi Kordes**
" **Bruno Heidenreich**
Firma **E. Pohl**
Rentier **Hartmann**
Kommerzienrat **Dietrich.**

Thorn, den 2. Januar 1919.

Der Magistrat II.

Süßstoff.

Süßstoff für Haushaltungen und Gastwirtschaften ist wieder angekommen und kann im Verteilungsamt I, Culmerstraße 16, Zimmer Nr. 9, 1. Stock gegen Vorlegung des Brotkarten-Ausweises abgefordert werden. Es erhalten bis 4 Personen 3 Päckchen Süßstoff für 4 Wochen.

Thorn, den 2. Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Winter-Sportverein e. V. zu Thorn.

Außerordentliche

Haupt-Versammlung

am 4. Januar 1919, 8 Uhr im Artushof.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über Verpachtung der Eisbahn und des Vereinshauses.

Ist diese Versammlung nicht beschlußfähig, so findet eine zweite mit derselben Tagesordnung an demselben Abend um 9 Uhr statt.

Der Vorstand

Deutsche Turnerschaft

Turnverein Thorn e. V.

Kreis I H. O Oberweichselgau.

Freitag, d. 3. Januar, abds. 8 Uhr im Tivoli

Jahresversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Entlastung des stellvertretenden Kassenwarts.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Soldatenheim Thorn e. V.

Mitgliederversammlung

am 7. Januar, nachm. 4½ Uhr im Soldatenheim.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsbericht,
2. Satzungsänderung,
3. Verschiedenes.

Die Vorsitzende.

Synagogale Nachrichten.

Freitag: Abendgottesdienst 3¾ Uhr.
Sonnabend: Frühgottesdienst 7½ Uhr, Haupt-Gottesdienst 10 Uhr, Abendgottesdienst 4 Uhr 33 Min.
Morgen-Gottesdienst an den Wochentagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 3¾ Uhr.